№ 179
B 89
Abend-Ausgabe

Berlin

Montag, 14. April 1924

Vossische Zeitung

10 Pfennig
100 Milliarden

Gegründet 1704

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein Chefredakteur: Georg Bernhard Verantw. Redakteur (u. Leiter d. Handelsteils) Carl Misch Berlin Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech Zentrale Ullstein. Amt Dönhoff 6600—6668. für den Fernverkehr Amt Dönhoff 6686—6695 Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus. Berlin Postscheckkonto Berlin 660.

Griechenland für die Republik.

Erste Ergebnisse des Plebiszits.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

* **Athen**, 14. April.

Der Ministerpräsident erklärte gestern abend, daß die ersten Resultate aus der Provinz über das Plebiszit für die Republik recht günstig seien. Aus den verschiedenen Abstimmungsbüros sind der Regierung Nachrichten zugekommen, die darauf schließen lassen, daß 75 Prozent der Abstimmenden im Piräus und in Athen sich für die Republik ausgesprochen haben. General Conduriotis dürfte der provisorische Präsident der Republik werden.

Die Stadt Athen bot während des Plebiszits das Bild eines Kriegslagers. Alle Cafés, Weinstuben, Theater und Kinos waern geschlossen, Kavalleriepatrouillen durchstreiften unaufhörlich die Straßen, durch die auch Tanks, Panzerautos und andere Kraftwagen mit bewaffneten Soldaten fuhren. Der Privatautos und Wagen war der Verkehr untersagt, ausgenommen für jene Gefährte, für die die Polizei eine besondere Erlaubnis erteilt hatte. Die Abstimmung vollzog sich bis um 3 Uhr nachmittags ohne Zwischenfälle, aber sowohl von republikanischer wie von monarchistischer Seite voll Fanatismus.

Die Regierung hatte den Belagerungszustand über große Teile des Landes, einbegriffen Athen, verhängt. In den monarchistischen Zeitungen und auf allen Straßen und Plätzen wurden die Führer der republikanischen Bewegung von royalistischen Rednern offen als Mörder der sechs Staatsmänner und Generale benannt, die nach dem Zusammenbruch in Kleinasien zum Tode verurteilt und erschossen worden sind. Die royalistischen Damen trugen auf den Straßen ostentativ gelbe Taschentücher oder gelbe Kleider, da Gelb als Farbe des Monarchismus gilt. Die Regierung hat die umfassendsten Vorkehrungen getroffen, um während des Plebiszits die Ordnung überall aufrechtzuerhalten.

Athen, 14. April. (W. T. B.)

Die Stadt war aus Anlaß des bei der Volksabstimmung erzielten Sieges der Republikaner festlich illuminiert. Ministerpräsident Papanastasiu forderte das Volk in einer Ansprache auf, die politischen Meinungsverschiedenheiten zu vergessen und dem politischen Gegner von gestern die Bruderhand zu reichen, damit die Nation streitigt wie eine große Familie wieder an die Arbeit gehen und auf dem Wege des Fortschritts und der Wohlfahrt weiterschreiten könne.

Beratungen über die deutsche Antwort.

Die Ministerpräsidenten in Berlin.

Heute soll die Entscheidung über die Antwort der deutschen Regierung auf die Note der Reparationskommission fallen, in der bis zum 17. April um eine Erklärung der deutschen Regierung zu den Berichten der beiden Sachverständigenkommuniqués ersucht worden ist. Es ist bereits auseinandergesetzt worden, daß sich das Reichskabinett im Prinzip darüber einig ist, die Berichte der Sachverständigen als Verhandlungsgrundlage zu akzeptieren und daß es sich nur darum handelt, ob die gewünschte Erklärung der deutschen Regierung in schriftlicher oder mündlicher Form erfolgt. Darüber wird das Reichsministerium in einer Sitzung am Abend Beschluß fassen. Der Kabinettsberatung geht eine Besprechung mit den Ministerpräsidenten der Freistaaten voraus. Sämtliche Ministerpräsidenten sind der Einladung der Reichsregierung nach Berlin gefolgt, die Konferenz hat heute um 10½ Uhr vormittags begonnen. Die Ministerpräsidenten wurden in einer eingehenden Erörterung der Sachverständigenberichte über die Stellungnahme des Reichskabinettes unterrichtet. Noch zweistündiger Dauer trat eine Mittagspause ein; die Aussprache wird am Nachmittag fortgesetzt werden.

Macdonald gegen Aenderungen.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

wbe **London**, 14. April.

Es steht nunmehr fest, daß die Regierung am Mittwoch im Unterhause Erklärungen über die Vorschläge der Sachverständigen zur Regelung der Reparationsleistung abgeben wird. Das Kabinett hat den Sachverständigenbericht in allen Einzelheiten geprüft und hat sich für die Durchführung der Expertenvorschläge ausgesprochen. Die englische Regierung teilt die Meinung der Sachverständigen, daß ihr Bericht ein unteilbares Ganzes sei, sie wird sich infolgedessen bei den kommenden Verhandlungen mit den Alliierten gegen Abänderungen der Vorschläge aussprechen, wenn sie von französischer oder italienischer Seite gewünscht werden sollten. Pariser Meldungen behaupten, daß Zeit und Ort einer Zusammenkunft der alliierten Ministerpräsidenten noch nicht festgesetzt, daß diese Konferenz überhaupt noch nicht bestimmt sei. Das mag zutreffen, denn selbstverständlich wartet man zunächst die offizielle Antwort der deutschen Regierung auf die Einladung der Reparationskommission ab, sich zu dem Sachverständigengutachten zu äußern. Erst wenn die offizielle Berliner Antwort eingetroffen sein wird — man zweifelt nicht daran, daß sie das prinzipielle Einverständnis der Reichsregierung zu Verhandlungen auf der Basis der Expertenberichte enthalten wird — soll die Konferenz der Ministerpräsidenten festgesetzt werden. Daß sie stattfinden wird, ist gewiß. Für freglich sieht man es an, ob die Alliierten untereinander so rasch werden einig werden, daß die Verhandlungen über die Neuregelung der Reparation noch vor den deutschen und französischen Wahlen zum Abschluß gelangen können.

Neurath bei Mussolini.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

mp **Rom**, 13. April.

In den heutigen Nachmittagsstunden hat Mussolini den italienischen Botschafter in Paris, Aregzana, und den italienischen Vertreter in der Reparationskommission, Salvago Raggi, empfangen. Kurz darauf traf auch der deutsche Botschafter auf dem Außenamt ein und wurde zu der Besprechung zugezogen. Man wird annehmen dürfen, daß es sich um den Expertenbericht gehandelt und daß der deutsche Botschafter dem Ministerpräsidenten ausführlich über die Stellungnahme der deutschen Regierung berichtet hat. Es wird bestätigt, daß Mussolini auf dem Standpunkt beharrt, daß das Sanierungsprogramm für Deutschland undurchführbar wäre, wenn ihm nicht die Regelung der Alliierten-Schulden vorangehen sollte.

Gegen japanische Einwanderung.

Kabeldienst der „Vossischen Zeitung".

t **Washington**, 13. April.

Ohne Rücksicht auf den Protest des japanischen Botschafters hat das Repräsentantenhaus des amerikanischen Kongresses gestern nacht das neue Einwanderungsgesetz angenommen, das allen Ausländern den Eintritt in die Vereinigten Staaten verbietet, die nicht die Bedingungen für die Erwerbung der amerikanischen Staatsbürgerschaft erfüllen. Durch dieses Gesetz, das fast nur noch Engländer, Skandinavier, Deutsche und Holländer zuläßt, werden vor allem die Japaner ausgeschlossen. Staatssekretär Hughes befürchtet ernste diplomatische Folgen, wenn auch der Senat den Beschluß des Repräsentantenhauses bestätigen sollte.

Mißglücktes Attentat gegen Horthy.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

kl **Wien**, 13. April.

Gegen den Reichsverweser Horthy war Freitag abend, als er von der Oberen Burg nach dem Opernhaus fahren wollte, ein Mordversuch geplant. Die Polizei hatte davon Kenntnis erhalten, daß sich auf dem Wege drei Männer mit Attentatsabsichten aufgestellt hatten. Sie wurden beobachtet und festgenommen. Alle waren mit Revolvern ausgerüstet. Der erste stand auf der Straße, ganz nahe der Burg, die beiden weiteren in größerer Entfernung. Falls dem ersten das Attentat mißlingen sollte, war der zweite beauftragt, zu schießen, und falls der zweite ebenfalls sein Ziel verfehlen sollte, der dritte. Die Namen der drei Verhafteten sowie einer ebenfalls festgenommenen Frau werden noch geheimgehalten. Wie die Budapester Polizei angibt, ging die Organisation des Attentats von Wien aus.

Die Sünde wider die Verfassung.

Das Treiben der Völkischen in Weimar.

Morgen steht in Thüringen die Entscheidung darüber bevor, ob der famose Herr Dinter mit seinen deutschvölkischen Mannen unumschränkt im Lande herrschen kann, oder ob auch in den mehr rechts gerichteten Parteien des Thüringer Landtages noch eine Spur politischen Verantwortungsgefühls vorhanden ist.

Aus den Berichten der „Vossischen Zeitung" ist bekannt, worum es sich handelt. Unter der sozialdemokratischen Regierung ist in Thüringen eine Staatsbank eingerichtet worden, die sich für die Finanzen des Ländchens sowohl als auch für Handel, Industrie und Landwirtschaft in ihrem engeren Wirtschaftsbereich außerordentlich bewährt hat. Der Staat hat sie mit einem ganz geringen Kapital ausgestattet; sie hat ein Vielfaches dieses Kapitals bereits als Erträgnis dem Staat abgeliefert, darüber hinaus außerdem noch erhebliche Reserven zur Stärkung des eigenen Betriebsfonds angesammelt. Die Wirksamkeit der Bank wird im Lande unbedingt anerkannt. Aber der rührige Staatsbankpräsident Loeb ist ein Jude. Deshalb hat sich schon vor der Wahlkampagne eine lebhafte Agitation seitens der Deutschnationalen und erst recht seitens der Deutschvölkischen gegen ihn geltend gemacht. Mit den niedrigsten Verdächtigungen hat man gegen ihn gearbeitet. Als die Reichswehr in Weimar einrückte und beim Kommandierenden General eine recht fleißige Denunziationsarbeit anhub, befanden sich unter dem Wust der Denunziationsbriefe natürlich auch eine ganze Reihe von Vorwürfen gegen die Staatsbank. Die Militärbehörde hat alle geprüft, und alle haben sich als haltlos erwiesen. Nun, nachdem die letzten Landtagswahlen eine Rechtsmehrheit ergeben haben, soll trotzdem der Bankpräsident abgesetzt werden. Der bisherige Finanzminister hat sich geweigert, einen brauchbaren Mann aus dem Amt zu entfernen, nur weil er Jude ist. Die Wahl eines neuen Ministers, die morgen stattfinden soll, hat sich bisher durch die Schwierigkeit verzögert, daß die Deutschvölkischen auf ihrem Schein bestehen. Herr Dinter hat ausdrücklich erklärt, er verlange die Beseitigung Loebs, nur weil er Jude sei. Die Frage der Tüchtigkeit oder Untüchtigkeit gehe ihn gar nichts an. Die deutschvölkische Partei verlange nach ihrem Programm die Beseitigung der Juden aus allen Staatsämtern, und in Thüringen werde man eben den Anfang machen. Diese Dinterische Offenheit kommt vor den Wahlen gerade noch zurecht. Es gab immer noch Laue im Lande, die alexbten, Programme stünden auf dem Papier, und die selbst, wenn sie sonst rechtsstehenden Auffassungen in der Politik zuneigten, so bloßsinnige Forderungen würden die Deutschvölkischen in der Praxis doch nicht durchzuführen wagen. Sie werden noch rechtzeitig eines Besseren belehrt. Die deutschvölkische Partei ist fest entschlossen, jeden Unsinn ihres Programms bis zur äußersten Konsequenz durchzuführen. Auch wenn sie gegen die Verfassung verstößt. In der deutschen Reichsverfassung ist allen Konfessionen die Gleichberechtigung zugesichert. Die deutsche Reichsverfassung kennt auch keine Rassenunterscheidungen zwischen den Staatsbürgern, deren Gleichberechtigung eine der Grundpfeiler des Werkes von Weimar ist. Die Weimarer Verfassung ist nicht kafrosant. Sie kann abgeändert werden. Jeder, der bei den Reichstagswahlen den Deutschvölkischen seine Stimme gibt, muß sich darüber klar sein, daß die Deutschvölkischen im neuen Reichstag die Abänderung der Reichsverfassung im Sinne ihres Programms verlangen werden. Das bisherige Verhalten der Deutschnationalen in Thüringen zeigt aber gleichzeitig den Wählern, daß die Deutschnationalen im neuen Reichstag nicht den Mut haben werden, solchen Abänderungsanträgen sich entgegenzustellen. Immerhin: das Recht auf den Versuch, die Verfassung zu ändern, kann der deutschvölkischen Partei nicht bestritten werden. Sie würde mit der Inanspruchnahme dieses Rechtes endlich einmal Raum für die grundsätzliche Entscheidung schaffen, ob in Deutschland der Klassen- und Rassenhaß staatlich sanktioniert werden soll. Aber vorläufig ist eine solche Sanktion noch nicht erfolgt. Und wenn morgen in Thüringen ein Finanzminister gewählt wird, der sich dem deutschvölkischen Zwang beugt, so ist das ein Bruch der Reichsverfassung.

Wir fragen schon heute, was die Reichsregierung gegen diesen offenen Verfassungsbruch zu tun gedenkt, wenn er zur Tat werden sollte? Vor noch nicht allzu langer Zeit erst hat es die Reichsregierung sehr eilig damit gehabt, die thüringische Landesregierung mit recht wenig sanfter Gewalt an ihre Pflichten zu gemahnen. Freilich saß damals eine sozialdemokratische Regierung im Lande. Sie sollte angeblich die anderen Parteien vergewaltigt haben. Einer derjenigen Vorwürfe, der zwar sachlich nicht allzu sehr von Belang gewesen sein mag, aber agitatorisch im Lande stark ausgewertet wurde, war der, daß die sozialdemokratische Regierung religiöse Gefühle durch die Abschaffung des Bußtages als staatlichen Feiertags verletzt habe. Seit mehreren Tagen werden jetzt durch die Reden im Landtag die Gefühle einer schließlich doch nicht unwesentlichen Minderheit des deutschen Volkes auf das schwerste verletzt. Aber mehr als das: viele Millionen christlicher Staatsbürger sehen